

# Renten – ein Auslaufmodell?

- Thema: gesetzliche Rentenversicherung
- Beiträge hälftig von Lohnabhängigen und Unternehmen
- Beitragssatz momentan bei 18,7 %
- Beitragsbemessungsgrenze 6.050 Euro
- darüber keine Rentenversicherungsbeiträge
- Momentan mit 66 Beginn Rentenzahlung, bald mit 67.
- Frührente ab 63. Lebensjahr möglich, mit 0,3 %  
Abzügen für jeden Monat vor regulärem Rentenbeginn

# Heute schon Armutsgefährdung für Rentner\*innen

- 2009 - 2015 Zahl armutsgefährdeter Menschen über 75 von 541.000 auf 1,17 Millionen mehr als verdoppelt
- Rentenzahlungen für Neurentner mit langen Versicherungszeiten 2000 und 2015: - 17 Prozent
- Preise: + 24,7, Bruttoinlandsprodukt + 18,3 Prozent
- Bruttoverdienst 2.000 Euro nach 40 Beitragsjahren heute: rund 720 Euro Rente
- Rund ein Drittel der Beschäftigten hat kein höheres Einkommen: bereits heute von Altersarmut bedroht.

# Beschlüsse Rot-Grün 2001 bis 2004

- **Erstens** zahlreiche direkte Kürzungen:
- „Vorruhestand“ vor 63 abgeschafft,
- Hochschulausbildung nicht mehr als Rentenanwartszeit angerechnet
- Medikamenten-Zuzahlungen erhöht,
- auf Betriebsrenten voller Krankenversicherungsbeitrag (insges. 18 %), auf Renten voller Pflegebeitrag zu leisten

# **Beschlüsse Rot-Grün 2001 bis 2004: direkte Kürzungen**

- Besteuerung der Renten erhöht,
- Rentenanpassungen 2003 - 2011 von anfangs ein Prozent auf später vier Prozent des Bruttoeinkommens vermindert,
- „Nachhaltigkeitsfaktor“ eingeführt: steigt Rentner-Zahl pro Beitragszahler, Rentenanpassung gemindert – und umgekehrt

# Beschlüsse Rot-Grün 2001 bis 2004:

- **Zweitens** sollen die 53 Prozent des im Rentensystems berücksichtigten Arbeitseinkommens 2000 auf 43 Prozent abgesenkt werden
- Aktuelles Standard-Rentenniveau 47,9 Prozent
- Folge: Rente unterhalb der Grundsicherung, wenn 45 Jahre für 11,60 € pro Stunde gearbeitet

# **Heutige Durchschnittsrente**

- **durchschnittlich ausgezahlte Rente der Neurentnerinnen/ Neurentner Ende 2015**  
**im Westen 583 bzw. 1.014 Euro,**  
**im Osten 860 bzw. 973 Euro.**
- **5. Altenbericht der Bundesregierung 2005:**  
**Absenkung der Renten um ein Viertel bis**  
**zur angestrebten Marke von 43 Prozent im**  
**Jahr 2030 vorausgesagt**

# Bei Absenkung auf 43 Prozent:

- Heutige Neurente von 985 € für eine westdeutsche Krankenpflegerin:
- nach 40 Vollzeitjahren auf 884 € abgesenkt.
- Lohn von 2.500 € brutto 2030 im Westen:
- nach 45 Beitragsjahren 904 € Rente,
- nach 40 Beitragsjahren 804 €.
- Über 50% der Beschäftigten Lohn unter 2500 €.

### Rente nach 40 Beitragsjahren

bei einem Monatslohn von	bei Rentenniveau von		
	2000 52,8%	2015 47,4%	2030 43,0%
2.000 Euro	795 Euro	713 Euro	647 Euro
3.000 Euro	1.192 Euro	1.070 Euro	971 Euro
4.000 Euro	1.590 Euro	1.427 Euro	1.295 Euro
5.000 Euro	1.987 Euro	1.784 Euro	1.618 Euro

aus: *Mythen und Fakten zur Rentenpolitik, luxemburg argumente* Nr. 7, 2., aktualisierte Auflage 2016, hrsgb. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10343 Berlin, Seite 24.

link: [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_7\\_Rentenpolitik.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_7_Rentenpolitik.pdf)



# Nur wenige mit 45 Beitragsjahren

- 2010: fast ein Fünftel der westdt. Männer, rund zwei Drittel der westdt. Frauen unter 34 Beitragsjahren
- Für Standardrentenniveau erforderliche 45 Beitragsjahre erreichten weniger als Hälfte der Männer
- nicht einmal 5 % der Frauen
- Schon heute Hälfte der gesetzlich. Renten unter Grundsicherungsniveau, bei Frauen zwei Drittel.
- Viele Rentner\*innen nur deshalb über die Runden, weil zusätzliche Betriebsrente oder Witwenrente oder -pension

# Nach Absenkung auf 43 %:

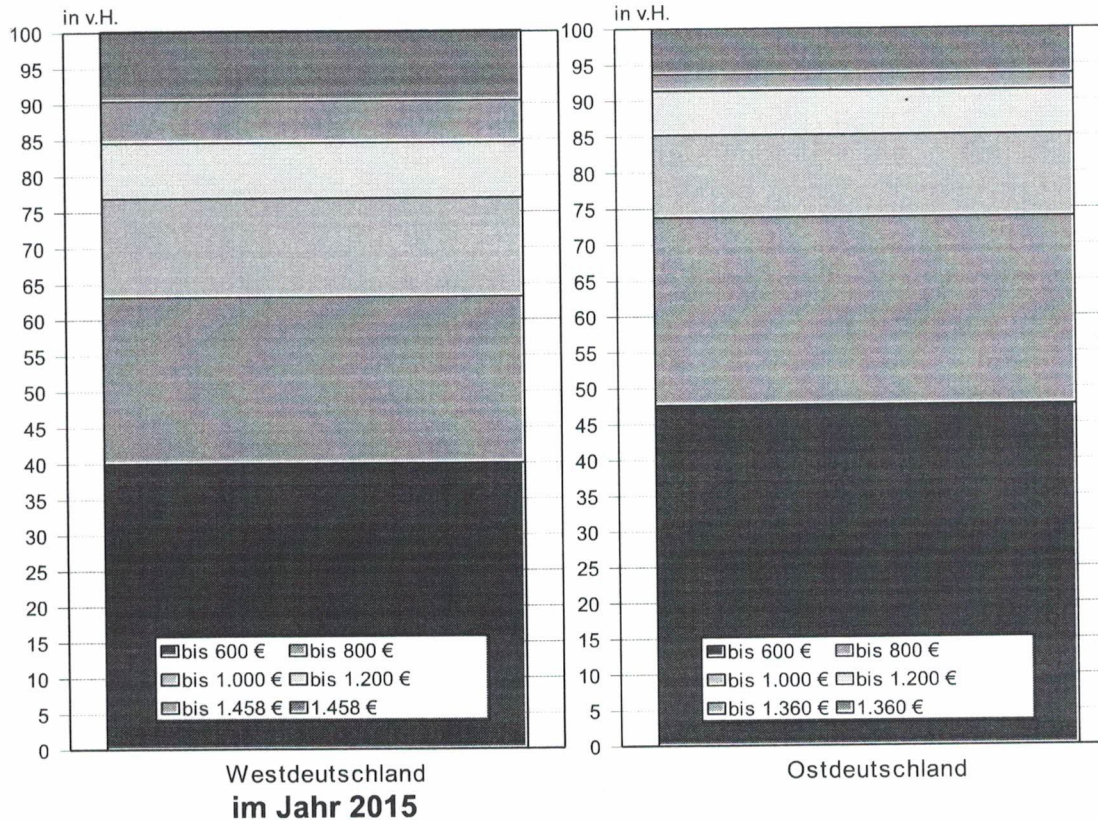
Folge: Jeder und jedem dritten  
**rentenversicherten Beschäftigten**

drohen Altersarmut und der Bezug von  
Grundsicherung nach SGB XII vom Sozialamt.

# Zusätzlich ohne ausreichende Rente:

- Die vielen Menschen in nicht sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen („Minijobs“),
- Solo-Selbständigen mit Minieinkommen und
- langfristigen Hartz-IV- und Erwerbsminderungsrenten-Bezieher\*innen
- werden das Heer der Altersarmen noch einmal beträchtlich erweitern.
- Denn aus Bezug von Arbeitslosengeld II ergeben sich seit 2011 keine Rentenbeiträge

**Abbildung 5: Rentenerwartung 2015 auf Basis eines unterstellten gesetzlichen Rentenniveaus von 43% in 2030, keinen Veränderungen der Einkommensposition sowie 30 Beitragsjahren für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Einkünften ausschließlich aus Erwerbseinkommen für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder einschließlich Ostberlin**



Bei 30 Beitragsjahren reicht ein Einkommen in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze nicht, um eine Rente in Höhe von 1.500 € je Monat zu erreichen. Bei der im Mikrozensus ermittelten Einkommensschichtung führen 30 Beitragsjahre bei

# Private Vorsorge = Vorsorge für Finanzbranche

- Als Ausweg forderten SPD-CDU-CSU-Grüne zu privater Vorsorge auf,
- in Höhe von vier Prozent des Bruttoeinkommens, z. B. für Ansparen einer Riesterrente,
- die im Gegensatz zur gesetzlichen Rente von Versicherten allein finanziert

# Private Vorsorge = Vorsorge für Finanzbranche

- Hauptsächlich Versicherungsunternehmen profitierten von Riester
- Finanzkrise 2008: Kapitalrücklagen für Renten können in Pleitenstrudel geraten
- Bei Abschluss der Versicherungsverträge versprochene Zinserträge nicht erwirtschaftet
- Kaum noch neue Riesterverträge.

# Private Vorsorge = Vorsorge für Finanzbranche

- Riesterrente: oft unerschwingliche Beiträge für Menschen mit geringem Einkommen
- zusätzlicher Nachteil: Auszahlung wird auf eine theoretisch angenommene unrealistisch hohe Lebenserwartung gestreckt.
- Doch Lebenserwartung von Männern mit geringem Einkommen um zehn Jahre kürzer, die der Frauen um acht Jahre.
- Mehr als doppelt so viele Männer und Frauen aus niedrigster Einkommensgruppe sterben im Vergleich zur höchsten, bevor sie 65. Lebensjahr erreichen

# Betriebsrente = Riester reloaded

- Betriebliche Altersvorsorge:
- nicht überall möglich, nur sinnvoll für langfristig Beschäftigte bei stabilen Betrieben
- Meistens von den Beschäftigten allein finanziert.
- 17,7 Millionen Arbeiter\*innen und Angestellte haben Anspruch darauf, ca. 60%
- Ausbreitung ist zum Stillstand gekommen



# Betriebsrente – auf Kosten der Versicherten u. der gesetzl. Rente

- Beitragszahlung für Betriebsrente oft in Form von Bruttoentgeltumwandlung
- Dadurch vermindern sich Beiträge in Gesetzliche Rentenversicherung,
- was zu geringeren Anwartschaften und
- zu höheren Beitragssätzen für alle Versicherte sowie
- zu geringeren zukünftigen gesetzlichen Renten ALLER Versicherten führt

# Betriebsrente – auf Kosten der Versicherten u. der gesetzl. Rente

- „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ vom Juni 2017 befreit Unternehmen von Garantie für Betriebsrente
- Rücklagen müssen nicht mehr gebildet werden,
- bei Finanzmarktkrise oder Insolvenz nur noch für eingezahlte Beiträge haftet
- Gewerkschaften sollen sich in Abkommen mit Unternehmen um sichere Anlagen kümmern. Tarifverträge für Versorgungseinrichtungen der Unternehmen und Gewerkschaften
- leider hat DGB dem zugestimmt und wirbt dafür

# Betriebsrente – auf Kosten der Versicherten u. der gesetzl. Rente

- Gesetz sieht Ausweitung der Entgeltumwandlung vor:
- Beschäftigte sollen höheren Anteil des Bruttoeinkommens befreit von Versicherungsbeiträgen und Steuern in Betriebsrentenkasse einzahlen dürfen.
- Als Ausgleich sollen Betriebe für Niedriglöhner\*innen mit Bruttogehalt bis 2.200 Euro „Sicherungsbeitrag“ von mindestens 15 Prozent der in Betriebsrentenskasse eingezahlten Summe beisteuern.
- Als Förderanreiz bei Löhnen bis zu 2000 Euro 30 % ihres Zusatzbeitrags durch Abzug von abzuführenden Lohnsteuer vergütet.

# **Betriebsrente – schadet gesetzl. Rente, Versicherungen zum Wohl**

Zukünftig Freibetrag bei Grundsicherung im Alter

in Höhe von Hälfte des Regelbedarfs für Alleinstehende  
(2017: 204,50 Euro),

auf den eine Riester- oder Betriebsrente nicht mehr  
angerechnet

Zudem Riester-Grundzulage von 154 auf 165 Euro erhöht.

So Privatvorsorge gegenüber der gesetzlichen  
Rentenversicherung, deren Renten bei Grundsicherung  
weiterhin voll als Einkommen angerechnet, erneut gezielt  
privilegiert.

# Geringe Löhne ohne/ mit Zusatzversorgg.: Grundsicherung

- 46,5 Prozent der Beschäftigten mit Löhnen unter 1.500 € brutto: weder Ansprüche auf Riesterrente noch auf betriebliche Altersversorgung
- mit Einkommen zwischen 1.500 und 2.500 €: 39,2%
- (Pestel: 4,9 Mio. Versicherte ohne Zusatzversorgung erreichen nur Grundsicherung,
- auch 2,55 Mio. mit Einkommen bis 1.500 € und Zusatzversorgung erreichen nicht mehr als Grundsicherung.)

# Mythos und Realität: „Demografiebombe“

- Wenn weniger Unter-20-Jährige zu versorgen, wiegen Einsparungen dort Ausgabensteigerungen bei Renten auf.
- Anteil der von Beschäftigten zu versorgenden Jungen und Alten – Gesamtquotient - in 1970ern zeitweilig bei ca. 76 %
- Trotzdem Verbesserungen der materiellen Situation
- Gesamtquotient sank bis 1989 auf 56,7 %. Trotzdem verschlechterte sich damals materielle Situation – aus Gründen, die nichts mit demografischem Verhältnis von Alt und Jung zu tun

# Mythos und Realität: „Demografiebombe“

- 1900 bis 1990 verdreifachte sich Bevölkerungsanteil der über 65-jährigen von 4,9 auf 14,9 %, Anteil der unter 20-jährigen halbiert
- Lebenserwartung stieg von 45 Jahren bei Männern auf 76 im Jahre 2002,
- Renteneintrittsalter sank von 70 auf 65 Jahre (ab 1911).

# Mythos und Realität: „Demografiebombe“

- Entscheidend Anteil Erwerbspersonen an Gesamtbevölkerung.
- In Westdeutschland wenige Frauen erwerbstätig, ab 1980er-Jahre deutlich mehr
- Ab Jahrtausendwende wuchs Teilzeit-Beschäftigung.
- Relation von Erwerbspersonen zur Gesamtbevölkerung 2012 (53,0 %) viel höher als 1970 (44,2 %)
- Zwischen 1955 und 2014 Zahl der Erwerbstätigen verdoppelt.
- Also: Relation erwerbstätige zur nichterwerbstätigen Bevölkerung in Vergangenheit viel schlechter



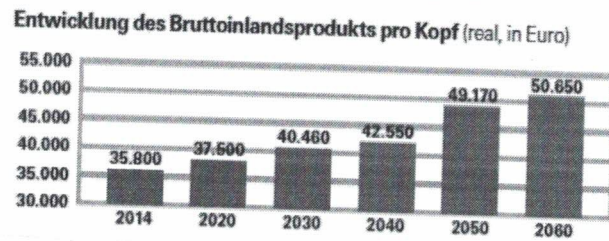
# Mythos „Demografiebombe“: Alle Prognosen falsch

- Rentenreformen Agenda 2010 und Rente mit 67 auf Grundlage der „Bevölkerungsvorausberechnung“ des Statistischen Bundesamts von 1999 für 2050 beschlossen. Prognosen falsch:
- Anstatt zu schrumpfen, wächst Einwohnerzahl, schon seit 2011.
- Statt abnehmender Kinder- und Beschäftigtenzahlen:
- seit 2012 fünf Mal Geburtenzahlen angestiegen, auch durch Flucht und EU-Migration höhere Kinderzahlen
- Zahl der (kranken-)versicherungspflichtigen Beschäftigten allein 2016-2017 um Million gestiegen

# Mythos und Realität: Zu wenige Junge arbeiten für zu viele Alte

- Produktivität wächst beständig:
- 1991 in einer Arbeitsstunde Güter oder Dienste im Wert von 29 € erstellt, 2012 im Wert von 40 € – nach Abzug der Inflation. BIP verdreifachte sich real 1960 bis 2005.
- Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen: 1991 - 2011 + 22,7 %.
- je Erwerbstätigenstunde: + 34,48 %

# Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



aus: *Mythen und Fakten zur Rentenpolitik, Luxemburg argumente Nr. 7, 2., a. a. O., Seite 4.*

# Mythos und Realität: Zu wenige Junge arbeiten für zu viele Alte

- Realistisch, von 1-2 % Wirtschaftswachstum auszugehen:
- 1991 bis 2011 Inlandsprodukt + 30,2 Prozent = für jede/n Bewohner\*in + 27,9 Prozent
- = mit weniger als 0,6 Prozent zusätzlicher Arbeitsstunden erzielt
- Geringeren Beschäftigtenzahl wird auch in Zukunft größerer Kuchen gegenüberstehen
- Verteilung wird darüber entscheiden, wer von dem Mehr wie viel abbekommt.
- Beispiel: 36 deutsche Milliardäre: so viel Vermögen (279 Mrd. €) wie ärmere Hälfte der Bevölkerung

# Gefahren für die Rentenkasse

**a) Zuweisung gesamtgesellschaftlicher Versorgungsaufgaben an Rentenkasse ohne entsprechende Bundeszuschüsse,**

**b) Sinken der Lohnsumme**

**c) Rückgang des Anteils sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse:**

a) Beispiele für gesellschaftspolitische Aufgaben: Kriegsfolgelasten wie Renten für Spätaussiedler\*innen, Folgekosten der deutschen Einigung wie Angleichung der Ost- und Westrenten

Bundeszuschuss 2011: 58,882 Mrd. €, Deckungslücke für versicherungsfremde Leistungen ca. 7 Mrd. €

# Gefahren für die Rentenkasse

- b) Mit Mindestlohn 2016 22 % der Beschäftigten im Niedriglohnsektor, in ostdeutschen Ländern 40 % weniger als 10 €
- c) Verdreifachung Leiharbeit 2001-2016; 2,5 bis 3,2 Mio. 2015 befristet, ein Fünftel (Verdi: bis 60%) der Beschäftigten unter 35. Ca. 23 % der Befristeten Einkommen unter 1.100 €
- Ziel: Lohnniveau drücken, internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken
- Seit 1999 weniger Einkommen für untere 40 % (untere 20%: - 7% 1995-2015, Fünftel darüber – 5%; mittleres Fünftel +2,5%; obere 2 Fünftel + 9%).
- Anteil Arbeitsentgelte am Einkommen von 72 % (Jahrtausendwende) auf 69 %; 1 % weniger 2015 = Lohn -22,6 Mrd., = pro Kopf - 577 €

# Gefahren für die Rentenkasse

- c) Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter an Erwerbspersonen: 76,1 % 1974, 64 % 2010
- In gegenwärtiger Boom-Zeit Trend gestoppt, auch Lohnerhöhungen
- Erwerbstätige seit 2007 + 8,11 % (um 3,27 Mio. auf 43,595 Mio)
- geleistete Arbeitsstunden nur + 3,48 % (von 57,4 auf 59,4 Mrd).
- Minijobs fast ohne Rentenbeiträge und Teilzeitstellen stiegen 2001-2016 von 4,5 auf 8,5 Mio.; Soloselbständige + 320.000 auf ca. 2 Mio.
- Noch 56% der Beschäftigten in Betrieben an Tarifvertrag gebunden
- Noch 18,9 % in Gewerkschaft, bei Abschwung Defensive schwierig

# Arbeitskostensenkung durch weniger Rentenbeiträge

- Unternehmensprofite gestiegen – Rentenkasse hat Einnahmeproblem. Mögliche Lösung: Rentenbeiträge anheben. Doch das soll nicht länger sein.
- Beiträge zur gesetzlichen Rente zahlen Unternehmen UND Beschäftigte jeweils zur Hälfte. Erhöhung bedeutet kleine Lohnkostenerhöhung für Unternehmen - politisch unerwünscht. Daher sollen Rentenbeiträge nicht mehr steigen.
- Lohnabhängige sollen stattdessen zur Sicherung des Lebensstandards notwendige Beiträge wie die zur Riesterrente allein zahlen.



# Was tun?

- Parteien veranlassen, sich für Entfernung der „Dämpfungsfaktoren“ aus Rentenformel und für erneute Rentenankoppelung an allgemeine Einkommensentwicklung einzusetzen. Forderungen:
- SPD: Stopp bei 46 Prozent, DGB: Stabilisierung bei 48 %, anschließend Erhöhung auf 50 %, auf 53 %: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Volkssolidarität, Sozialverband Deutschland, Partei Die Linke
- DGB: Beitragshöhe geringer und Beitragszeit stärker bei Rentenberechnung berücksichtigen, geringe Einkommen um 1,5faches auf max. 75 % des Durchschnittsverdienstes nach 35 Jahren hochwerten
- Partei Die Linke: Mindestrente von 1.050 €, Die Grünen: Einführung einer steuerfinanzierten Garantierente oberhalb Grundsicherung nach 30 Jahren

# Was tun?

- Rente mit 67 zurücknehmen, wirkt wie zusätzliche Rentensenkung; ca. Hälfte der über 55-Jährigen mit Job, bei über 60-Jährigen ein Drittel
- Förderung der Riester-Rente beenden, gesparte Milliarden in gesetzliche Kasse umleiten (Staatliche Zahlungen / Steuererleichterungen für Beiträge zur Riester-Rente 2012: insges. 12 Mrd. €)
- Wenn die 4 % des Einkommens, die ursprünglich für Riester, bei paritätischer Finanzierung in gesetzliche Rentenkasse fließen, Rente in nächsten Jahren mit guter Grundlage
- Rentenanwartschaften von Alg-II-Bezieher\*innen wiederherstellen
- Grundsicherung im Alter deutlich anheben

# Was tun?

- DGB: stabiles Rentenniveau auch mit Beitragssatzziel 22 % möglich: Dafür Beiträge nicht höher, aber früher anzuheben als bislang vorgesehen – in kleinen und verkraftbaren Schritten
- Große Teile der Bevölkerung werden auf Grundsicherung, Erwerbsminderungsrente und Hartz IV angewiesen sein. Für Ermittlung von Hartz-IV aktuelle reale Mindestanforderungen berücksichtigen!
- Erwerbsminderungs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten deutlich anheben!

# Erwerbsminderungsrente

- Versicherte, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr regelmäßig mindestens 6 Stunden am Tag arbeiten können, können Anspruch auf Rente wg. verminderter Erwerbsfähigkeit haben. Höhe der Rente berechnet sich aus bis dahin zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten.
- In jungen Jahren so getan, als ob noch bis Ende des 62. Lebensjahres weitergearbeitet
- 2011 ca. 1,63 Millionen Renten wegen Erwerbsminderung, davon rund 1,61 Mio. wegen voller Erwerbsminderung, ca. 102.000 Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung
- Durchschnittliche 596 € nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung

# Was tun?

- Rentenbeiträge und Bundeszuschüsse müssen weniger steigen, wenn Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben, Löhne angehoben und mehr sozialversichert Beschäftigte
- Auch deshalb Erhöhung des Mindestlohns, Zurückdrängung des Leiharbeits- und Werkvertragsunwesens und Verringerung der Befristungen notwendig
- Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vereinfachen, Zumutbarkeit von Arbeitsverhältnissen an Zahlung von tariflichen Löhnen binden!
- Damit Geld für Zahlungen des Bundes in Rentenkasse vorhanden, Gewinne der Unternehmen und Kapital- und Erwerbseinkünfte reicher Privatpersonen stärker besteuern!

# Dann sinkt die Rente weiter

